

Antrag an den Landesparteitag der Partei die Linke in NRW am 16./17. Nov. 2024

## **Für eine gemeinwohlorientierte Krankenhausplanung: Krankenhausreform NRW und Krankenhausschließungen stoppen!**

**Die Linke in NRW lehnt die von der NRW-Landesregierung und Minister Laumann auf den Weg gebrachte Krankenhausreform ab. Die von der Landesregierung geplanten Zuweisungen von Leistungsgruppen an die Krankenhäuser in NRW werden zu einem weiteren Krankenhaussterben und damit dem Wegfall von dringend benötigten Versorgungsstrukturen führen. Diese Reform muss gestoppt werden.**

Dabei stehen die Krankenhäuser auch so schon unter erheblichem Druck. Aufgrund der jahrelangen ungenügenden Investitionsfinanzierung durch das Land NRW und massiver Kostensteigerungen stehen viele Häuser vor der Pleite. Inflation, Energiepreissteigerungen und Tarifierhöhungen werden durch die Fallpauschalen nicht refinanziert. Die Landesregierung muss dringend ihren Verpflichtungen nach § 8 und 9 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes nachkommen und die Kosten für Investitionen, Instandhaltungen und der Beschaffung von Anlagegütern nachkommen und in Not geratene Krankenhäuser mit einem Soforthilfeprogramm unterstützen.

Die Linke fordert eine bedarfsgerechte, wohnortnahe Gesundheitsversorgung mit ausreichend Ressourcen für Pandemien und Umweltkatastrophen, bei der die starre Trennung zwischen ambulant und stationär und den damit verbundenen Doppelstrukturen überwunden wird. Notwendig dafür ist die Abschaffung der Fallpauschalen und die Ersetzung durch das Kostendeckungsprinzip sowie der Übernahme der Investitionskosten durch die Länder.

**Die Linke in NRW fordert gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di und dem Bündnis für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen:**

- Die Krankenhausplanung muss regional und demokratisch gestaltet werden, unter Beteiligung der Beschäftigten in den Krankenhäusern, ihren gewählten Vertretungen und ihren Gewerkschaften, unter Einbeziehung der Rettungsdienste, der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, der niedergelassenen Ärzt\*innen und weiterer ambulanter Einrichtungen und ihren Beschäftigten.
- Notwendig ist ein sektorenübergreifende Planung, die sich wirklich am Gemeinwohl und der bestmöglichen wohnortnahen Versorgung der Patient\*innen orientiert!
- Die Erstellung regionaler Planungskonzepte muss eine kommunale und /oder regionale Aufgabe werden, die von Stadträten und Kreistagen oder eigens dafür zu gründenden, demokratisch legitimierten regionalen Gremien wahrgenommen werden sollte!
- Eine demokratische Planung muss Flächendeckung und Qualitätssteigerung miteinander verbinden, so wie es bereits in vielen bisher noch freiwilligen Herzanfall-, Schlaganfall- und Traumanetzwerken bereits praktiziert wird!

- Grundsätzlich muss sicher gestellt sein, dass ein Abbau oder Umbau von Krankenhausstrukturen erst dann erfolgen darf, wenn entsprechende Strukturen im ambulanten Bereich aufgebaut sind und arbeiten!
- Keine Krankenhausschließung gegen die berechtigten Interessen der Einwohner\*innen!
- Das Land NRW muss seinen Verpflichtungen zur Finanzierung der Insertionskosten nachkommen!
- Abschaffung der Fallpauschalen und Finanzierung durch ein Kostendeckungsprinzip!
- Krankenhäuser sind Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und gehören in Gemeineigentum!

### **Begründung:**

Die von der NRW-Landesregierung und Gesundheitsminister Laumann auf den Weg gebrachte neue Krankenhausplanung führt dazu, dass weitere, dringend benötigte Krankenhäuser geschlossen werden. Auch wenn Minister Laumann von Zentralisierung und nicht von Schließungen spricht, ist Effekt derselbe. Die Auswirkungen werden sowohl die Beschäftigten als auch die Patientinnen und Patienten sowie ihre Angehörigen zu spüren bekommen.

In den bisherigen Zuweisungen von Leistungsgruppen an die Krankenhäuser kristallisieren sich Versorgungsmängel in einigen Städten und Kreisen heraus, während in einigen Großstädten eine völlig unstrukturierte und medizinisch kaum nachvollziehbare Verteilung von Leistungsgruppen vorgenommen werden soll.

Entgegen allen Ankündigungen, dass nicht jedes Krankenhaus alles machen kann und eine Zentralisierung auf große gut ausgestattete Krankenhäusern die Qualität verbessern werde, sollen nun gerade große leistungsfähige Krankenhäuser oder Stationen schließen und noch größeren Zentren weichen. In großen Flächenkreisen sollen zahlreiche für eine umfassende Notfallversorgung eigentlich unverzichtbare Leistungen nicht mehr vorgehalten werden. Die Wege werden für viele Patient\*innen weiter und die Versorgung nicht besser. Wenn Kliniken mit Notfallversorgung geschlossen werden, müssen die Patient\*innen in die verbleibenden Notfallstationen gebracht werden, die dann die Versorgung kaum noch sicher stellen können.

Diese Reform soll allen Bedenken zum Trotz zum 1. Januar 2025 in Kraft treten und scheinbar ein Vorreiter für die von Bundesgesundheitsminister Lauterbach angestrebte Bereinigung der Krankenhauslandschaft sein.

Diese Reform auf Kosten der Patient\*innen und Beschäftigten muss gestoppt werden!